

Kein Ende des Nationalitätenstreits.

Drahtmeldung.

Wien, 5. Juni.

Das Abgeordnetenhaus erledigte in seiner heutigen Sitzung die zweite Lesung der Geschäftsordnungsreform. Fast sämtliche Redner betonten die Notwendigkeit der Reform im Interesse der Sicherung des österreichischen Parlamentarismus. Nur die Ruthenen Romanczuk und Lewicki bedauerten die Ausmerzung der Obstruktion, welche Schutz gegen nationale Bergewaltigung biete.

Einen breiten Raum der Verhandlung nahm die Frage der Protokollierung der im Abgeordnetenhaus gehaltenen nichtdeutschen Reden ein, eine Forderung, die von den slawischen Rednern vertreten wurde. Der deutsche Sozialdemokrat Seiz erklärte, daß die deutschen Sozialdemokraten bei Anerkennung der Gleichberechtigung aller Nationen glaubten, daß die Frage vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit gelöst werden müsse. Es sei heute unmöglich, alle in nichtdeutscher Sprache im Abgeordnetenhaus gehaltenen Reden ohne weiteres dem Protokolle einzuverleiben. Man könne nur wünschen, daß im Laufe der Zeit im Kompromißwege eine Lösung gefunden werde, die alle Parteien billigten. Es wäre höchst bedauerlich, wenn heute durch eine gewaltsame Entscheidung Unstimmigkeiten ausgelöst würden, die das Werk der Geschäftsordnungsreform gefährden würden.

Ein von dem Tschechen Franta gestellter Antrag, wonach alle Reden wortgetreu in der Sprache, in der sie gehalten würden, in das Protokoll aufzunehmen sind, wurde in namentlicher Abstimmung mit 203 gegen 185 Stimmen angenommen.

Beim Sitzungsschlusse protestierten die Abgg. Stánel und Seiz dagegen, daß ein Offizier des Kriegsministeriums und ein Beamter des Ministeriums des Leufers die Reden der Abgeordneten zensurierten. Der Präsident stimmte der Auffassung zu, daß niemand außerhalb des Hauses das Recht zustehen, die im Hause gehaltenen Reden zu kontrollieren und zu zensurieren. Mit Rücksicht auf die kriegerischen Ereignisse und außenpolitischen Verhältnisse erscheine es aber notwendig, daß das Präsidium vorsorge, damit nicht Nachrichten in die Presse gelangen, welche bis Land schädigen könnten.

* Wien, 6. Juni.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Die Annahme des tschechischen Antrages auf Protokollierung der fremdsprachlichen Reden, die überraschend in der Nachmittags-sitzung fiel, hat hier recht schlecht gewirkt, weniger um ihre praktischen Folgen, als um der moralischen Bedeutung willen. Leider muß man einräumen, daß allein die Deutschen die Schuld an diesem Vorgange tragen, der sich gegen sie selbst richtet, da sich mangels einer der tschechischen Parteien ähnlichen Disziplin über 80 Mitglieder des Nationalverbandes in dem entscheidenden Augenblick der Abstimmung nicht im Saale befanden und so die Tschechen einen Sieg davontrugen, auf den sie selbst nicht gerechnet hatten. Nun aber sind sie erschlossen, diese alte Forderung, die sie seit Jahren nicht durchsetzen konnten, zur Parteifrage zu erheben, und so muß wohl mit der Annahme des Antrages in der dritten Lesung für heute gerechnet werden. Praktisch bedeutet die gestrige Abstimmung im Grunde nur ein sinnlose Belastung des Etats um 50—80 000 Kronen, denn man wird nun etwa 60 Beamte mehr wählen müssen, die das Tschechische, Ruthenische und Polnische usw. auch in der Stenographie beherrschen, um so die Protokollierung der Reden in der „Reichsrats-Korrespondenz“ zu ermöglichen. Eine Verhandlungssprache gibt es hier nicht, und sogar daß der Präsident deutsch spricht, ist nur im Gewohnheitsrecht festgelegt.

Die Annahme des tschechischen Antrages auf Protokollierung der nichtdeutschen Reden rief bei den deutschen Parteien große Aufregung hervor. Unmittelbar nach der Abstimmung trat der Vorstand des deutsch-nationalen Verbandes zu einer Beratung zusammen. Die Deutsch-Radikalen erklärten, unter solchen Umständen das Zustandekommen der Geschäftsordnung verhindern zu wollen.